

Gleichzeitig war ein Rückgang der Verbindungsaufnahmen dieser Täterkategorie zu ausländischen Einrichtungen und Persönlichkeiten festzustellen (1985: 204 Personen/38,4 %; 1986: 117 Personen/22,6 %).

Im Rahmen der gegnerischen Kontaktpolitik bzw. -tätigkeit hatten sich an den Straftaten der DDR-Bürger zur Erzwingung der Übersiedlung in das kapitalistische Ausland in 381 Fällen in der BRD bzw. in Westberlin lebende Verwandte oder Bekannte, darunter in 213 Fällen ehemalige DDR-Bürger, beteiligt: In 330 Fällen davon waren sie in die Herstellung und weitere Aufrechterhaltung der Verbindung zu Feindorganisationen, staatlichen Stellen und Politikern im westlichen Ausland einbezogen und in 51 Fällen wirkten sie als unmittelbare Inspiratoren, insbesondere von provokativ-demonstrativen Handlungen von Beschuldigten, bzw. gaben sie in einer Reihe von Fällen direkte inhaltliche Hinweise für die Abfassung von Schriftstücken und provozierenden und herabwürdigenden Formulierungen.

Als häufigste Kontaktobjekte der 1986 festgestellten Verbindungsaufnahmen (einschließlich versuchter) traten in Erscheinung:

- Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen"	186 (189) <sup>+</sup>
sowie Rechtsanwaltsbüro von der Schulenburg (Westberlin)	77 (75)
insgesamt	<u>263 (264)</u>
Botschaften nichtsoz. Staaten in der DDR und in anderen soz. Staaten (darunter Ständige Vertretung der BRD - 76 Personen)	<u>151 (260)</u>
Politiker der BRD und Westberlins (darunter Strauß - 57 und Kohl - 27)	<u>127 (159)</u>

<sup>+</sup> Klammerzahl: Vergleichszahl 1985